

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Neue Chancen für die deutsche Wiedervereinigung?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1955) : Neue Chancen für die deutsche Wiedervereinigung?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 5, pp. 255-260

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132080>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Neue Chancen für die deutsche Wiedervereinigung?

Dieses am Vorabend einer neuen Viererkonferenz geführte Gespräch soll dazu dienen, die deutsche Situation illusionslos zu umreißen. Vielleicht kann es durch leidenschaftslose Erörterung der Tatbestände dazu beitragen, die Standpunkte der politischen Gruppen anzunähern und den Auslandslesern eine Vorstellung von der Gewissensnot zu geben, die jeder Deutsche bei der Behandlung dieser Frage durchzukämpfen hat. Wir werden dieses Gespräch fortsetzen und hoffen, vom Grundsätzlichen auch in das Konkrete vorstufen zu können.

Deutschland als Traum und Aufgabe

Wer über die Frage der deutschen Wiedervereinigung diskutieren will, ohne bloß Thesen aufzustellen, Axiome zu vertreten und Illusionen nachzuhängen, muß sich über eine Grundtatsache klar sein: Es ist eine böse Fügung, daß ausgerechnet diese brennendste Frage unseres nationalen Schicksals mehr oder weniger außerhalb des Bereiches unserer eigenen nationalen Entscheidungsfreiheit und -möglichkeit liegt.

Das wird in den meisten Fällen übersehen, und daher verliert sich die Diskussion so leicht im luftleeren Raum, und daher frißt sie sich so leicht fest. Beides ist in einem Maße geschehen, daß ernste Gefahr für das Problem selbst besteht, d. h. daß in der leerlaufenden und leidenschaftlichen Diskussion über die Taktik zur Lösung der Frage das Problem als verpflichtendes Gemeinschaftsproblem selbst verschwindet.

Wie ist die rechtliche und die tatsächliche Situation?

Das Potsdamer Abkommen sah eine einheitliche Verwaltung der vier Zonen vor. Organ der Verwaltung sollte der Kontrollrat sein. Diese rechtliche Konstruktion scheiterte an den politischen Realitäten: an der Tatsache, daß der Westen und der Osten, die sich in Deutschland geteilt hatten, ganz verschieden dachten und ganz etwas anderes wollten. Und sie scheiterte weiter daran, daß der Westen wie der Osten in den von ihnen beherrschten Teilen Deutschlands Faustpfänder sahen, die für sie keinen Eigenwert mehr hatten, und Vorfeldbastionen, die sie in die immer schärfer und schärfer sich abzeichnenden Fronten des kalten Krieges einbe-

zogen. Das Deutschlandproblem hörte mit anderen Worten auf, ein deutsches Problem zu sein, es wurde ein weltpolitisches Problem — nicht, was auch vielfach übersehen wurde und wird, im Sinne einer absoluten Rangstellung, sondern im Sinne eines der vielen Teilprobleme, aus denen sich die gegenwärtige weltpolitische Konstellation und ihre Wirrnis zusammensetzen und erklären.

Diese Entwicklung vollzog sich nicht nur mehr oder weniger außerhalb der deutschen Einfluß-, sondern auch außerhalb der deutschen Gefühlssphäre, solange den beiden Teilen Deutschlands kein eigenstaatliches Recht, keine eigenstaatliche Verantwortung und damit auch kein gesamtdeutsches Denken und Fühlen zugewachsen waren. Sie wurde zum belastenden politischen und zum entscheidendsten psychologischen Problem, als sich die Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik konstituierten, beide unter die Gewissensnot gestellt wurden, nur einen Teil Deutschlands zu vertreten, und beide dieser Gewissensnot mit dem Anspruch begegneten, für ganz Deutschland zu sprechen und die Sache des einigen Deutschland als eigene Sache zu verfechten. In diesem Augenblick bemächtigte sich die Propaganda des Problems und hüllte es mehr und mehr ein: die Propaganda von Staat zu Staat und schließlich auch im eigenen Staat die Propaganda von Partei zu Partei. Die Propaganda hatte ein Gutes: sie machte Gewissen und Verantwortung wach; sie hatte ein Schlechtes: sie verzerrte und vernebelte das wirkliche Problem. Sie schob auf der einen Seite das Problem in die Aktualität und ent-

zog es auf der anderen Seite der Realität. Sie erzwang ihm den Rang einer nicht mehr ausweichbaren und in dieser Ausweichbarkeit auch von den einander gegenüberstehenden Großmächten anerkannten Frage, und sie minderte es auf der anderen Seite gleichzeitig herab zum billigen Parteislogan.

Fakten und Voraussetzungen

Es ist demgegenüber notwendig, sich zunächst einmal wieder über die Fakten klar zu werden:

1. Die Bundesrepublik wie die Deutsche Demokratische Republik sind fest eingegliedert in die beiden Fronten des westlichen und des östlichen Lagers.

2. Es kann als gewiß gelten, daß keines der beiden Lager Deutschland, und das gilt für seine Teile wie für das Ganze, in das andere Lager entläßt, wenn es damit nur eine bedrohliche Schwächung seiner eigenen Sicherheit oder seines eigenen Potentials erwarten muß. Diese Wahrheit gilt für West und Ost gleichermaßen: es wird bei der ganzen Diskussion vielfach übersehen, daß nicht nur der Osten, sondern daß ebenso der Westen, auch im Deutschlandvertrag und in der Souveränitätserklärung, alle Entscheidungen bezüglich Gesamtdeutschlands sich vorbehalten haben.

3. Es muß weiter als unbestritten gelten, daß Deutschland, und das gilt wiederum für Teildeutschland wie für Gesamtdeutschland, seiner geschichtlichen und geistigen Tradition nach in jenes Lager gehört, das, etwas emphatisch gesagt, weil der Begriff im Laufe der Jahrhunderte abgewetzt worden ist, die abendländische Idee vertritt, wie sie der humanistische Freiheits- und der christliche Ordnungsbegriff geprägt haben.

4. Es kann weiter als sicher gelten, und wird auch von den politischen und parlamentarischen Gegnern einer vertraglichen Bindung der Bundesrepublik an den Westen anerkannt, daß eine Neutralisierung Deutschlands nicht in Frage kommen kann, und zwar nicht nur, weil eine Neutralisierung nach der Ratifikation der Pariser Verträge einen Vertragsbruch darstellen würde, der die Bundesrepublik um jede Vertrauensbasis in der westlichen Welt bringen würde, sondern weil ein Deutschland, das aus der europäischen Front ausbricht, diese europäische Front zum Einsturz bringen, selbst in eine hoffnungslose Isolierung geraten und in dieser Isolierung über kurz oder lang dem Sog jener gewaltigen, augenblicklich vielleicht nicht in ihren Mitteln, aber in ihrer Tendenz aggressiven Macht im Osten unterliegen würde.

Stellt man diese Tatsachen nebeneinander, dann erkennt man den ganzen gefährlichen *circulus vitiosus*, in den das Deutschlandproblem geraten ist und der die Politik der Bundesrepublik in einen Kreis immer stärkerer Wirrnis zu ziehen droht: Deutschland gehört zum Westen, und die Bundesrepublik hat sich dem Westen verpflichtet; aber der Osten wird kein einiges Gesamtdeutschland erlauben, das eine solche Verpflichtung übernimmt. Umgekehrt: Ist die Bundesrepublik gewillt, auf Verbindung mit dem Westen zu verzichten, um die Einigkeit zu retten, so gefährdet sie, mit der sicheren Aussicht eines endgültigen Verlustes, jene Freiheit und jenen abendländischen Lebensbegriff, die allein uns das Leben lebenswürdig machen.

Was will sie? Die Einigkeit eines deutschen Satellitenstaates, in dem Deutschland aufgehört hat, Deutschland zu sein, oder die Freiheit eines deutschen Teilstaates, der auf die Einigkeit verzichtet und zusieht, wie der andere Teil Deutschlands in die Nacht versinkt?

Natürlich können wir keines von beiden wollen. Aber wo bietet sich die dritte Lösung, die Lösung einer Synthese, die die Forderung nach Einigkeit und Freiheit aus einer rhetorischen Floskel zu einer realpolitischen Möglichkeit macht?

Am falschen Ende angepackt

Es sei hier ein ketzerisches Wort gestattet: man hat meiner Ansicht nach das Wiedervereinigungsproblem am falschen Ende angepackt und aufgezümt. Man hat sich auf das Ziel gestürzt, aber die Voraussetzungen nicht bedacht. Die Voraussetzung ist aber ebenso simpel wie entscheidend: es wird niemals eine Einigung über die deutsche Wiedervereinigung geben, wenn nicht vorher eine Verständigung über die Bereinigung der weltpolitischen Gegensätze gefunden worden ist. Hier muß der Hebel ange-setzt werden, alles andere ist Gerede im luftleeren Raum. Solange die beiden Deutschland als politische Faustpfänder und als strategische Vorfeldstellungen betrachtet werden, die notwendig gehalten werden müssen, weil der Blick auf den Gegner nicht erlaubt, sie freizugeben, solange wird man viel über die Wiedervereinigung diskutieren, aber man wird sie nicht erreichen. Der Gesamtkomplex der weltpolitischen Spannungen muß bereinigt werden, dann kann das Teilproblem Deutschland auch bereinigt werden; vorher nicht.

Klare Vorstellungen sind Voraussetzung

Eine objektive Überlegung muß zu dem Schluß kommen, daß die Bundestagswahlen im September 1953 der Bundesregierung nicht ein außenpolitisches Mandat erteilt haben. Wenn also heute die Mehrheit der damals gewählten Abgeordneten eine außenpolitische Linie beschließt, tut sie das auf Grund ihrer persönlichen Entscheidung, nicht aber im Auftrag derjenigen Bevölkerungskreise, die sie vor zwei Jahren gewählt haben. Darüber hinaus muß gesagt werden, daß weder in der Öffentlichkeit noch im Parlament eine eindeutige Klärung der außenpolitischen Positionen erfolgt ist. Parteipolitische Taktik hat diese Klärung ebenso verhindert wie die objektive Schwierigkeit einer richtigen außenpolitischen Erkenntnis und wie das unklare Denken, das keineswegs ein Vorrecht der Wähler ist, sondern durchaus auch Politiker und Beamte auszeichnen kann.

Wenn es einmal erreicht sein wird, daß Sowjetrußland in Amerika nicht mehr die sprungbereite Macht sieht, deren Angriff es zu fürchten hat, und Amerika in Sowjetrußland nicht mehr den dämonischen Bedroher und Zerstörer seiner Ordnung sieht, der nur darauf lauert, Hammer und Sichel über die ganze Erde zu setzen, dann wird die Stunde gekommen sein, in der Moskau darauf verzichtet, in dem ihm wesensfremden europäischen Raum eine deutsche Vorfeldstellung zu halten, und dann wird Amerika bereit sein anzuerkennen, daß die geistige Bindung Gesamtdeutschlands an den Westen eine strategische Verankerung unnötig macht.

Der Weg dahin ist vielleicht lang; aber es scheint, als ob wir am Anfang wären: Viererkonferenz und europäisches Sicherheitssystem, das sind die nächsten Etappen. Sie müssen behutsam, geduldig und ohne Nervosität angegangen werden, ohne Illusionen, aber auch mit Glauben und Vertrauen. Und vor allem unter Verzicht darauf, ein Problem, das so schwer mit Verantwortung beladen ist, zu nahe an die Demagogie zu lagern! (Wi.)

Die bisherige Diskussion

Die Bundesregierung hat bis jetzt eine Politik verfolgt, die nicht nur den westdeutschen provisorischen Staat in ein enges Bündnisverhältnis mit den Nachbarstaaten Westeuropas und den USA bringen sollte, sondern die innerhalb dieses „westlichen“ Bündnisystems die militärische Stärke erhöhen sollte, von der aus man auf eine bessere Verhandlungsposition dem Osten gegenüber hoffte. Meinungen, die in England und Frankreich sehr breite Schichten hinter sich hatten, sind in der Bundesrepublik fast als staatsfeindlich betrachtet worden, wenn sie nicht eindeutig für die Schaffung einer Verhandlungsposition „aus der Stärke heraus“ eintraten. Einzelne Politiker haben trotzdem den Mut besessen, für eine andere außenpolitische Linie einzutreten, die sie mißverständlich als „Neutralisierung“ bezeichneten. Wegen dieser Mißverständlichkeit

und wegen der massiven Diffamierung des Wortes „Neutralismus“ haben diese Politiker, wenn sie bei Wahlen Kandidaten aufstellten, nur bescheidene Erfolge erringen können. Es läßt sich also durchaus sagen, daß ihre Art von sogenanntem Neutralismus wenig Echo bei den breiten Massen gefunden hat, was nicht notwendig heißt, daß sie unbedingt abgelehnt wird. Die Opposition im Parlament schließlich hat es sorgfältig vermieden, ihre Ansicht mit der dieser „Neutralisten“ gleichzusetzen. Sie mahnt die Bundesregierung weniger zu grundsätzlich anderen Entscheidungen als vielmehr zu einer anderen Taktik. Sie will vor der Entscheidung zugunsten der Stärke alle ihrer Ansicht nach vorhandenen Verhandlungsmöglichkeiten bis zum letzten ausschöpfen.

Die plötzliche Entwicklung in Österreich hat in Westdeutschland Unruhe hervorgerufen. Man überlegt, ob es nicht tatsächlich eine ganz andere Linie zwischen der bisherigen amtlichen Politik und dem verlästerten Neutralismus gebe. Die Diskussion um diese andere Linie leidet jedoch darunter, daß sie nur teilweise von bekannten Voraussetzungen ausgehen kann. Sie darf als sicher annehmen, daß die überwiegende Mehrheit der Politiker und der Wähler in den europäischen Nachbarländern die Erhaltung des Friedens mit der Sowjetunion höher wertet als alle anderen politischen Gesichtspunkte, daß sie auch einen erheblichen Preis dafür zu zahlen bereit ist. Ebenso darf sie als sicher annehmen, daß die westeuropäischen Staaten wie die Bundesrepublik selbst fest an die USA gebunden sind. Darüber hinaus sind wesentliche Faktoren für die Formulierung einer deutschen Politik unbekannt. Deshalb ist die Diskussion völlig unfruchtbar, wenn unbeweisbare Meinungen über angebliche Absichten aufeinanderprallen. Niemand kann sicher beweisen, was die Sowjetunion wirklich will, wann sie es will und wie sie ihren Willen durchzusetzen gedenkt. Niemand kann die innenpolitische Entwicklung in der Sowjetunion voraussagen und ihre außenpolitische Bedeutung korrekt bewerten. Andererseits kann man auch nicht mit

Sicherheit eine endgültige Aussage über die Absichten, die Taktik und die weitere Entwicklung in den USA machen. Es ist ein Vorrecht der beiden großen Weltmächte — ein Vorrecht, das übrigens auch von der Chinesischen Volksrepublik in Anspruch genommen wird —, der Welt und besonders ihren Gegenspielern keine Auskunft verbindlicher Art über ihre letzten Absichten zu geben. Ein Streit über diese bewußt gehüteten Geheimnisse und nicht voraussehbaren Ereignisse ist also völlig müßig.

Was will man —

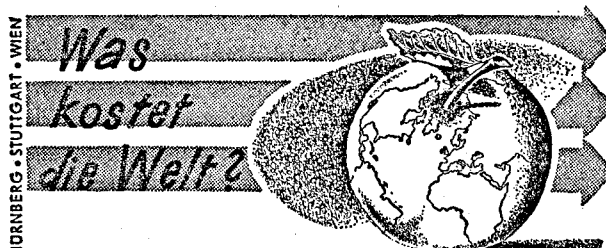
was darf man wollen?

Die Aufgabe der außenpolitischen Diskussion in Westdeutschland ist nicht Spekulation, Prophetie oder die Verkündung von Wunschträumen, sondern zunächst einmal eine Klärung über das, was man eigentlich will und wollen darf, danach eine Erkundung aller erkennbaren Vorbedingungen für die Durchsetzung dieses Willens.

Unbedingte Einigkeit besteht in Westdeutschland darüber, daß eine

friedliche Weiterentwicklung wichtiger ist als jedes andere Ziel. Man geniert sich, es auszusprechen, aber es ist trotzdem wahr: Auch die sogenannte Wiedervereinigung, besser gesagt: die Wiederherstellung eines unabhängigen deutschen Staatwesens in einem Rumpfggebiet, soll nach der allgemeinen Einsicht nicht angestrebt werden, wenn sie nur um den Preis eines Krieges oder kriegsähnlicher Ereignisse zu erreichen ist. Das wird so ausgedrückt, daß man sagt, für eine Wiedervereinigung müsse es die beiden Teile, die vereinigt werden sollen, noch geben. Ein Krieg aber werde sie vernichten. Ebenso besteht in Westdeutschland Einigkeit darüber, daß man gern bereit ist, am liebsten aus freiem und souveränem Entschluß, unter Umständen aber auch ohne volle eigene Souveränität, eine über ein Bündnishinausgehende Einigung, fast einen Zusammenschluß mit den westeuropäischen Nachbarstaaten zu vollziehen.

Heute überlegt man, ob die europäische Einigung, die von der So-



Fragen Sie AIR FRANCE! Wir schneiden Ihnen auch im Sommerflugplan die schönsten Stücke aus dem sonnendurchglühten Apfel „Erde“ heraus. Zwischen Sidney und Montreal und von Madagaskar nach Stockholm finden Sie auf dem längsten Streckennetz der Welt an Bord der Viermotorigen der AIR FRANCE in 3 verschiedenen Tarifklassen:

- * den Komfort eines Luxushotels
- * die Gaumenfreuden eines Schlemmerlokals
- * die Entspannung eines Kursanatoriums
- * die Geschwindigkeit des 20. Jahrhunderts

Bei AIR FRANCE fühlen Sie sich wohl!

Der erfahrene Fluggast wählt AIR FRANCE.
Europas größte Luftverkehrsgesellschaft.

Vertrauen Sie Ihrem Reisebüro
es vertraut



AIR FRANCE

BERLIN • BONN • DUISBURG • FRANKFURT • HAMBURG • HANNOVER • MÜNCHEN • NÜRNBERG • STUTTGART • WIEN

wjetunion ihren Aussagen nach solange als Bedrohung betrachtet wird, wie sie in der Form einer militärischen Allianz vor sich geht, nicht auch ohne diesen Beigeschmack durchzuführen wäre. Man wünscht sich eine Position, die eine Außenpolitik nach dem Muster Schwedens ermöglicht. Man weiß, oder man glaubt zu wissen, daß die Bundesrepublik geographisch zu einer „schwedischen Lösung“ nicht geeignet ist. Vielleicht wäre aber ein vereinigt und gerüstetes Europa, das der amerikanischen Unterstützung ohnehin sicher sein könnte, in der Lage, bei einer selbstverständlichen kulturellen Zugehörigkeit zum „Westen“, aber ohne militärische oder politische Bindung an die USA, eine Politik der bewaffneten Neutralität nach schwedischem Muster zu treiben. Über diese Möglichkeit hat Westdeutschland nicht zu entscheiden, denn sie setzt das britische, skandinavische, niederländische, belgische, französische und italienische Einverständnis voraus. Westdeutschland könnte sie aber immerhin wünschen und muß nicht naturnotwendig den zögernden europäischen Nachbarn gegenüber einen fast „überamerikanischen“ Standpunkt betonen. Ob die Sowjetunion eine Auflösung der NATO in dieser Richtung als Preis für die Freigabe Mitteldeutschlands oder sogar weiterer Gebiete annehmen würde, läßt sich dabei nicht voraussagen.

Das Verhältnis von Mittel- und Ostdeutschland

Der zweite Punkt, über den man sich in Westdeutschland klar werden sollte, betrifft unser Verhältnis zu den mitteleuropäischen und osteuropäischen Gebieten zwischen dem „Eisernen Vorhang“ und den Westgrenzen der eigentlichen Sowjetunion. Will und soll man sie preisgeben? Will und soll man sie „befreien“? In dieser Beziehung klingen die Stimmen aus Amerika nicht eindeutig. Daran kann die westdeutsche Öffentlichkeit nichts ändern. Was sie aber überlegen sollte, ist unser eigenes Verhältnis zu unseren unmittelbaren Nachbargebieten zwischen der Trave und der Ostgrenze Polens. Eine italienische Karikatur weist mit Recht darauf hin, daß ein Schritt aus dem nicht-

sowjetischen Europa hinaus die Sowjetunion nur in das Aufmarschgebiet ostwärts der polnischen Grenze zurückführt, während die USA nasse Füße im Atlantik bekommen würden. Daraus wäre die Folgerung, daß man zwar den Rückzug der Sowjetunion hinter die Curzon-Linie fordert, also eine Freigabe Osteuropas nach finnischem oder österreichischem Vorbild, gleichzeitig aber die amerikanischen Stützpunkte in der Pfalz behalten möchte.

Wenn diese Schwierigkeiten aber nun gelöst wären, was erwartet dann Westdeutschland von den bisher sowjetisch besetzten Ländern? Hat es sich überlegt, wie es die nationalen Schwierigkeiten zwischen den Deutschen einerseits, den Polen und Tschechen andererseits lösen will? Man darf nicht darüber sprechen, weil man sonst Wählerstimmen verliert. Wenn man nicht darüber

spricht, denkt man auch nicht darüber nach. Man läßt das heiße Eisen liegen und verzichtet darauf, eine neue, friedliche Konzeption für das Zusammenleben zwischen den Deutschen und ihren Nachbarvölkern zu entwickeln. Man gebraucht Phrasen und verspricht zugleich den deutschen Heimatvertriebenen und den fremden Nachbarn alles. Dieselben Phrasen deckt im sozialen Bereich das vieldeutige Wort „Freiheit“. Will man die eigene Wirtschaftsverfassung gegen den Willen der Nachbarn nach Osten ausdehnen, will man sie dem Osten zuliebe ändern, mindestens den eigenen Wohlstand teilen, oder will man die östliche Entwicklung im bisherigen Zustand hinnehmen? Je stärker man sich im Bewußtsein der eigenen Unfehlbarkeit verhärtet, desto mehr verbaut man einen Weg zur Zukunft aus der bisherigen Sackgasse heraus. (-ff-)

Richtung und Ausmaß der eigenen Initiative

Im Zusammenhang mit dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrags, der durch direkte Verhandlungen der österreichischen Staatsmänner mit den Sowjets vorangetrieben worden ist, taucht bei uns verständlicherweise die Frage auf, ob nicht auch wir die Initiative für eine Bereinigung der Deutschlandfrage ergreifen sollten.

Die deutsche und die österreichische Lage sind verschieden

Zweifellos besteht in der Lage zwischen Österreich und Deutschland eine weitgehende Parallele, die nicht weggeleugnet werden kann und zu Vergleichen herausfordert. Andererseits bestehen zwischen den Situationen beider Länder tiefgreifende Unterschiede, die eine Differenzierung im politischen Vorgehen verlangen. Vom sowjetischen Standpunkt aus dürfte das Aufgeben der strategischen Position in Österreich anders bewertet werden als das Aufgeben der Stellung in Mitteldeutschland. Die strategische Umklammerung des östlichen Österreich durch Staaten des sowjetischen Machtbereichs verringert den Wert der direkten Besetzung. Natürlich ist auch das österreichische Wirtschaftspotential in seinem strategischen Gewicht

anders zu bewerten als das deutsche. Und ferner kann das österreichische Militärpotential keine nennenswerte Verschiebung der politischen Gewichtsverteilung bewirken. Schließlich dürfen wir nicht vergessen, daß die Teilung Österreichs in Besatzungszonen niemals die wirtschaftliche und politische Einheit des Landes beeinträchtigt hat. Wenn sich also in Österreich für die westlichen und östlichen Gegenspieler eine lokale Lösung anbot, die zudem für die Sowjets als interessanter politischer Köder auswertbar schien, so ist die Deutschlandfrage zu einer weltpolitischen Angelegenheit geworden, in der unsere eigene Initiative nur sehr beschränkt sein kann.

Um unsere Situation und unser Aktionsvermögen richtig beurteilen zu können, müssen wir uns zunächst von allen Vernebelungen freimachen. Trotz aller Leidenschaft gegenüber dem angestrebten Ziel müssen wir leidenschaftslos die aktiven und passiven Posten unserer Stellung erkennen. Dann wird es möglich sein, die wenigen Chancen zu finden, um jenseits von Damagogie und Propaganda die realpolitisch gegebenen Wege zu gehen.

**Politische Teilung
erschwert die Alternative**

Wir müssen uns klar eingestehen, daß die politische Teilung Deutschlands in zwei souveräne Teilstaaten die eigene Initiative in der Frage der Wiedervereinigung sehr erschwert. Ob wir die Rechtmäßigkeit der sowjetzonalen Regierung vom völkerrechtlichen Standpunkt aus verneinen, spielt hierbei eine untergeordnete Rolle. Wir müssen uns klar sein, daß de facto beide Staaten und beide Regierungen existieren, wenn auch ihre völkerrechtliche Anerkennung jeweils nur von einem der politischen Machtblöcke erfolgt ist. Aus dieser Situation heraus muß Verständnis dafür aufgebracht werden, daß es nicht im deutschen Interesse liegen kann, daß bei internationalen Verhandlungen Vertretungen beider Teilstaaten offiziell auftreten. Ebenso wenig kann es der Wiedervereinigung dienen, daß bei ausländischen Staaten diplomatische Vertretungen beider Teilstaaten akkreditiert werden. Andererseits ist dem sowjetzonalen Regime daran gelegen, diese internationale Anerkennung auch außerhalb des sowjetischen Machtblocks in irgendeiner Form zu erreichen, um damit die mangelnde moralische Legitimation ersetzen zu können. Diese sich aus der politischen Situation ergebende Unterschiedlichkeit im Bestreben um direkten Kontakt muß verstanden und erkannt werden.

Es gibt keine „Alternative“

In der innenpolitischen Auseinandersetzung über die Wege zur Wiedervereinigung hat sich aus den demagogischen Formulierungen ein scheinbar unüberbrückbarer Dualismus ergeben, der in einem Gegensatz zwischen Neutralisierung und bedingungslosem Anschluß an den westlichen Militärblock im Sinne einer Politik der Stärke gipfelt. Tatsächlich besteht dieser Gegensatz nicht. Dieser Gegensatz ist lediglich pointiert worden aus Auslegungen des politischen Gegners. Wir sind uns genau so klar darüber, daß wir keine Politik der Stärke treiben können und daß diese Politik der Stärke, wenn sie von unseren Freunden befolgt würde, nur unseren Untergang be-

siegeln kann, ebenso wie wir uns klar darüber sind, daß eine politische und kulturelle Neutralisierung in dem Aufgaben unserer abendländischen Lebensformen und damit zum Ende unserer volklichen und staatlichen Selbständigkeit führen würde. Obwohl nun dieser Gegensatz faktisch gar nicht besteht, diskutiert man über die Möglichkeit eines „dritten Weges“. Dieser dualistische Kinderglaube an Himmel oder Hölle führt uns auf einen gefährlichen und abseitigen Weg. In der Politik gibt es viele Wege, und es ist nur erforderlich, daß man sich selbst die Wege nicht verbaut.

Wir dürften es nicht nötig haben, unser Bekenntnis zur abendländischen Kultur und zu den Lebensformen der westlichen Welt unter Beweis stellen zu müssen. Diesem Lebensbild ist jeder Deutsche in der Ostzone und in der Westzone

verpflichtet, ganz gleich wie seine Stellung zum wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Programm sein mag.

Die strategischen Interessen der Weltmächte bestimmen unsere Lage

Für die Besatzungsmächte dürfte aber dieser eindeutige Entscheid über den geistigen und kulturellen Standort der Deutschen uninteressant sein. Für sie geht es um strategische Vorfelder. So ist es verständlich, daß die westlichen Besatzungsmächte eine Lösung ablehnen, bei der im zentraleuropäischen Gebiet Deutschland ein machtpolitisches Vakuum geschaffen wird, während die Sowjets ihrerseits glauben, keiner Lösung zustimmen zu können, die für sie die Gefahr in sich birgt, daß das von ihnen faktisch besetzte Mitteldeutschland bei seiner Vereinigung mit Westdeutschland in die militärpolitische Sphäre des Westens ein-

Sie wirken sympathischer



**BRISK
frisiert**

... sympathischer, weil es auch auf Ihre Frisur ankommt!
Brisk gibt Ihrem Haar — was Fett oder Leitungswasser nicht erreichen — natürlichen, guten Sitz, ohne zu fetten, ohne zu kleben.

SK 1037

BRISK



Frisiercreme

hält Ihr Haar in Form!

bezogen wird. Diese Zuspitzung der Situation hätte natürlich von den Politikern der Weltmächte bereits 1945 vorausgesehen werden können. Sie ist der Grund dafür, daß nunmehr die Deutschlandfrage tatsächlich zu einer weltpolitischen Frage geworden ist.

Chilastische Hoffnungen . . .

Soll dieser düstere Aspekt nun bedeuten, daß wir auf die erhoffte Wiedervereinigung solange warten müssen, bis eine nachhaltige Entspannung des west-östlichen Gegensatzes die Frage eines strategischen Vorfeldes in Zentraleuropa uninteressant macht? Eine derartige Erwartung erscheint mir chilastisch. Denn trotz aller Entspannung wird der west-östliche Gegensatz niemals so verschwinden, daß ein strategisches Vorfeld nicht mehr wünschenswert wäre. Ein anderer, realistischerer Weg, der aber auch recht langwierig erscheint, könnte sich daraus ergeben, daß die europäischen Völker zu einem stärkeren Selbstbewußtsein gelangen und im Zuge einer Auflockerung der polaren Machtblöcke dem Beispiel der asiatisch-afrikanischen Völkergemeinschaft folgend zu einer Gruppenbildung kämen, die eine effektive Koexistenz von Staats- und Wirtschaftssystemen gewährleistet.

Am Vorabend einer neuen Viererkonferenz über weltpolitische Fragen dürfen wir uns aber vielleicht der Hoffnung hingeben, daß das Aushandeln verschiedener strategischer und wirtschaftlicher Positionen in der ganzen Welt die Regelung der Deutschlandfrage in den Augen der Weltmächte zu einem interessanten Wertobjekt macht. Nur auf diesem Wege dürfen wir auf eine Bereinigung des Deutschlandproblems rechnen.

Der Raum für unsere Initiative

Es liegt auf der Hand, daß bei allen diesen Aktionen und Transaktionen die deutsche Initiative sehr beschränkt ist. Sie sollte sich aber mit aller Gewalt darauf stürzen, den weltpolitischen Verhandlungspartnern klar zu machen, daß in der Behandlung der Deutschlandfrage ein Wertobjekt zu sehen ist, das manches Prestigeobjekt im Fernen Osten oder anderswo auf-

wiegen kann. Wir müssen unser ganzes moralisches Gewicht darauf konzentrieren, daß das Aushandeln der weltpolitischen Positionen nicht auf unsere Kosten vor sich gehen darf und daß die seltene Gelegenheit, die sich hier für die Regelung der Deutschlandfrage bietet, nicht wieder wie 1954 in Berlin verpaßt wird.

Mit der Geltendmachung unseres moralischen Anspruchs vor der Weltöffentlichkeit und unserer Forderung vor den Besatzungsmächten darf sich unsere Initiative nicht erschöpfen. Wir müssen uns selbst klarmachen, welche politischen Konzessionen für uns tragbar sind, denn ohne solche Konzessionen wird es bei der Wiedervereinigung nicht abgehen. Wir müssen mit Verantwortungsbewußtsein die äußerste Grenze abstecken.

Eine größere Initiative als bisher sollte auch auf dem Gebiet der rechtlichen und technischen Pro-

bleme, die die Wiedervereinigung aufwirft, entfaltet werden. Eine verantwortungsbewußte Behandlung dieser Frage, die nicht in restaurativen Vorstellungen verstanden darf, dürfte für die Bewohner der Ostzone von hohem psychologischen Wert sein und ihre innere Widerstandskraft stärken.

Schließlich soll man sich nicht aus autokratischer Ängstlichkeit vor privaten und offiziellen Kontakten scheuen, die mit der Ostzone aufgenommen werden können. Wenn unsere staatsrechtliche Position die Aufnahme offizieller Kontakte verhindert, muß jede Möglichkeit wahrgenommen werden, die nicht-offizielle Fühlungnahme zu fördern, um die wirtschaftliche und kulturelle Einheit unter der politischen Zweiteilung anzubahnen. Dabei muß man Zutrauen zu der Verantwortung des Einzelnen haben und Diffamierungen vermeiden. (h)

Neue weltpolitische Kräfte?

Es haben viele Weltkonferenzen stattgefunden und sind mit ihren Resolutionen im Sande verlaufen. Wenn wir die Konferenz von Bandung lediglich nach ihren Resolutionen beurteilen wollten, so könnten wir auch sie mehr oder weniger als ergebnislos bezeichnen. Damit würden wir aber einen großen weltpolitischen Fehler begehen. Und eine große Zahl von Kommentatoren der „weißen“ Presse ist in diesen Fehler verfallen. Das Ergebnis der Konferenz von Bandung ist nicht aus dem Wortlaut ihrer Resolutionen herauszulesen, die in Anbetracht der divergierenden Meinungen wohl kaum präziser und schlagkräftiger hätten erwartet werden können. Das Ergebnis von Bandung liegt in der Tatsache, daß trotz der polaren Blockbildung, die sich seit Ende des zweiten Weltkrieges abgezeichnet hat, diese Konferenz in dieser Zusammensetzung überhaupt stattfinden konnte.

Die Konferenz von Bandung kann den Bruch mit dem polaren Dualismus unseres politischen Weltsystems bedeuten. Dem Geschick der leitenden Männer ist zu verdanken, daß sie nicht zu einer Demonstration des Hasses und kämpferischer Feindseligkeit ausgeartet ist, sondern zu einem Bekenntnis zum wirtschaftlichen Aufbau und zum Weltfrieden geworden ist. Wenn es auch mitunter den Anschein gehabt haben mag, als wenn sich die Ausführungen der Delegierten gegen eine unsichtbare Anklagebank gerichtet haben, so konnte es doch vermieden werden, daß Rassen, Staaten oder Weltanschauungen als Angeklagte nominiert wurden. Schließlich wurden nicht Personen und Regierungen, sondern Methoden verurteilt. Dabei wurde mit dem Neoimperialismus der antikolonialen Mächte ebenso scharf ins Gericht gegangen wie mit dem Kolonialismus alter Prägung.

Aber das Schwergewicht liegt nicht auf dem Negativen, sondern darin, daß sich die heterogenen politischen Kräfte zu einem gemeinsamen wirtschaftlichen Aufbauwerk bekannt haben. In diesem Willen gemeinsamer Arbeit sind Indien wie auch China, Japan, die Türkei und Ägypten einig. Was sich in Bandung zusammengefunden hat, ist keine politische Allianz, sondern eher eine Liga gemeinsamer menschlicher Anliegen. Wenn in Fortsetzung dieses Beginns eine über das Machtpolitische hinausgehende Gruppenbildung zustande kommt, so kann damit das Ende des weltpolitischen Dualismus eingeleitet werden, und es drängt sich die Frage auf, ob nicht in ähnlicher Weise auch einmal ein Zusammenschluß aller europäischen Völker auf der Grundlage ihrer menschlichen Anliegen erreicht werden kann, um zur Auflockerung der politischen Erstarrung beizutragen. (sk)